

volksfreund

Region  Bitburg & Prüm

Altlasten im Industriegebiet

Flugplatz Bitburg — Umweltschützer wollen keinen Sondermüll in Bunkern

29. November 2020 um 17:19 Uhr | Lesedauer: 7 Minuten



Früher dienten die Shelter zum Schutz von Kampffjets. Jetzt wird in manchen der Bauten belastetes Material gelagert. Auch hier? Foto: TV/Christian Altmayer

Bitburg. Ein Widerspruch gegen die Zwischenlagerung von belasteten Böden blieb erfolglos. Die Verfrachtung des Materials in drei frühere Shelter bleibt weiter erlaubt. Sind Bedenken angebracht?

Von Christian Altmayer

Zwei dicke Schlösser hängen an der verrosteten Tür zum Shelter 3034. Es ist ein gewaltiger Bunker, der da verlassen auf einem Hügel auf dem Flugplatz Bitburg steht, inmitten von meterhohen Hecken. Moos klebt an den Dächern, Löcher haben sich in die mit Graffiti besprühten Fassaden gefressen.

Wer es nicht besser weiß, könnte also meinen, dass hier seit Abzug der Amerikaner nicht mehr viel passiert sei. Wären da eben nicht die beiden blitzblanken Schlösser, die das Innere des Baus vor neugierigen Blicken verbergen sollen. Was dort lagert, ist aber mitnichten ein Schatz. Sondern im Gegenteil, ein Gut, das man nur zu gerne loswerden will. Es handelt sich um kontaminierten Boden.

INFO

Das PFT-Lager auf dem Flugplatz Bitburg

Die **Lagerung von belasteter Erde in den Shaltern** auf dem Flugplatz Bitburg ist nur eine Übergangslösung. Langfristig ist angedacht, das Material in einem Landschaftsbauwerk auf dem ehemaligen Militärstützpunkt zusammenzutragen und zu sichern.

Planung und Bau dieser speziellen Deponie soll, das wurde im September bekannt, die Firma Arcadis aus Darmstadt übernehmen. Ein Fachunternehmen für komplexe Vorhaben wie etwa die Konversion einer bayrischen Raffinerie oder die Sanierung der Kesslergrube, einer Deponie in Baden-Württemberg. Offensichtlich also, dass Arcadis etwas von der Materie versteht. Erste Ergebnisse der Planungen werden aber frühestens im März 2021 erwartet, so dass noch nicht so viel bekannt ist über das ambitionierte Projekt in Bitburg.

Ein paar Fragen konnten aber bereits zwischenzeitlich in einer Anfrage der Grünen-Fraktion im Stadtrat Bitburg geklärt werden, die unserer Zeitung vorliegt.

So wollte Sprecher David Ewald unter anderem von der Stadtverwaltung wissen, wie das Bauwerk gesichert und abgedichtet sein wird. Und, ob trotz der Pläne für das Lager auch weiterhin nach einer Dauerlösung für das Schadstoffproblem auf dem Flugplatz gesucht wird. Nach solchen Dauerlösungen werde weiterhin, unter anderem bei der Bima, nachgedacht, heißt es in der Antwort aus dem Rathaus. Und das Landschaftsbauwerk werde daher so konstruiert, dass man später wieder leicht an das belastete Material herankommen könne.

Solange es ein solches Verfahren aber nicht gebe, werde das Bauwerk nach Ansicht der Stadt ein sicherer Lagerplatz sein. Mittels Auffangbecken und Dichtungen werde dafür gesorgt, dass kein Regen eindringen und so Schadstoffe in die Umgebung waschen könne. Was auch durch Kontrollmessungen im Umfeld des Lagers sichergestellt werden soll.

Gebaut wurden die Shelter vom US-Militär zwar einst, um Jets vor feindlichen Bomben zu schützen. Doch derzeit erfüllen drei der Unterstände einen ganz anderen Zweck. Die Gebäude mit den Nummern 3034, 4041 und 4042, nahe des Towers, werden, so heißt es bei Umweltschützern, als Lagerstätten für belasteten Boden benutzt. Und davon gibt es auf der ehemaligen Air Base bekanntlich eine ganze Menge.



Kommentar

An der Oberfläche gekratzt

Vor wenigen Jahren erst sind Fachleute zum ersten Mal auf die zuvor unbekanntes Perfluorierten Tenside (PFT) im Boden und in den Gewässern rund um die Flugplätze Bitburg und Spangdahlem aufmerksam geworden. Inzwischen gelten rund 80 000 Kubikmeter Erdreich hier als kontaminiert. Was die Behörden 2016 zu einem Vermarktungsstopp im Gewerbegebiet veranlasst hat.

Der Verkauf soll aber wieder anlaufen, obwohl noch Unklarheiten bestehen. So kennt nach wie vor niemand die Antwort auf die Frage, wie man die PFT wieder los wird. Und ebenso wenig gibt es eine Deponie, die das sensible Material aufnehmen würde.

Die einzig derzeit denkbare Lösung ist daher der Bau eines Lagers, in dem der Sondermüll zwischenzeitig unterkommen kann. Was derzeit, im Auftrag der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (Bima), in Arbeit ist (siehe Info). Bis dieses Landschaftsbauwerk aber fertig ist, wird die Erde in den Shelters zwischengelagert. Genau das sorgt derzeit für heftige Kritik bei Umweltschützern.



Archiv September 2019

Pläne für PFT-Entsorgung auf dem Flugplatz Bitburg nehmen Gestalt an

Im Oktober hatte der Bund für Umwelt und Naturschutz (BUND) Widerspruch gegen die Zwischenlagerung in den drei Bunkern eingelegt. „Denn wir machen uns große Sorgen, dass die PFT-Sanierung auf dem ehemaligen Flugplatz Bitburg nicht mit der notwendigen Sorgfalt in Angriff genommen wird“, begründet die Bitburg-Prümer Kreisvorsitzende Agnes Tillmann-Steinbuß.

Die Speichererin und ihre Mitstreiter befürchten nämlich, dass durch die Verfrachtung der belasteten Erde ein Präzedenzfall geschaffen wird. Um auch später nach dem Motto „Deckel drauf und wegschauen“ verfahren zu können. Beim Umgang mit den gefährlichen Chemikalien also, wie es Tillmann-Steinbuß ausdrückt, „weiter unangemessen zu sparen“.

Was sich der BUND stattdessen wünschen würde, wären umfassendere Untersuchungen des heutigen Industriegebietes — auch bis in die Tiefe. „Wir sehen die Gefahr, dass das nun nicht mehr passieren wird“, sagt Tillmann-Steinbuß: „Wo man jetzt doch so eine praktische, schnelle Lösung gefunden zu haben glaubt.“



Kommt die Sanierung der Altlasten jetzt?

Fachleute informieren über PFT-Belastung des Bitburger Flugplatzes

Wie diese „schnelle Lösung“ aussehen kann, ist in der Hans-Bongers-Straße zu besichtigen. 2018 hatte der Zweckverband Abfallwirtschaft Trier (ART) hier erstmals nach dem zweijährigen Vermarktungsstopp ein Grundstück erworben. Der Plan: die Errichtung einer Müllumladestation (der TV berichtete).

Zuvor allerdings sollte die Bima, der das Areal zuvor gehörte, die Schadstoffe beseitigen. Das Projekt war als eine Art Blaupause für die punktuelle Sanierung und Vermarktung des Gewerbegebietes angelegt, so drückte es Helmut Berscheid vom Zweckverband Flugplatz seinerzeit aus.

Doch zunächst dauerte es rund zwei Jahre, bis die Bagger rollten. Und dann war die eigentliche Sanierung, heißt es auf TV-Anfrage bei der Bundesanstalt, schon nach gerade einmal drei Monaten angeblich abgeschlossen. Einige Tonnen Erde wurden, so schreibt es ein Sprecher, abgetragen und „witterungsgeschützt und gesichert“ untergebracht. Sprich: in den zwei nahen Sheltern 4041 und 4042 zwischengelagert.

Beim Besuch vor Ort zeigt sich allerdings, dass sich dort noch immer Berge von Bauschutt auftürmen. Abgebaggerter Problemabfall, der im Regen liegt. Von wegen „witterungsgeschützt und gesichert“.Überhaupt wirkt es, als habe sich auf dem schlammigen Terrain seit Monaten, zumindest augenscheinlich, überhaupt nichts getan.

Keine Spur auch von der geplanten Müllumladestation. Was laut ART aber lediglich an einer Formalität liegen soll. Es fehle an einer Genehmigung nach dem Bundes-Immissionsschutzgesetz für den Betrieb der Anlage.

Für die Erteilung zuständig ist die Struktur- und Genehmigungsdirektion (SGD) Nord in Koblenz. Dieselbe Landesumweltbehörde also, die auch das Sanierungsverfahren in der Hans-Bongers-Straße überwacht hat. Und die eingeräumten „nachgewiesenen Restbelastungen“ damals als nicht so gravierend bewertete, dass sie einem Verkauf im Wege stünden.

Und auch für die weitere Vermarktung und die damit verbundene Entledigung der anfallenden kontaminierten Erde gibt die SGD grünes Licht. Trotz Widerspruchs des BUND hat die Behörde jüngst auch die weitere Zwischenlagerung von belastetem Material in den Flugzeugsheltern genehmigt. Bis zu 5400 Tonnen sollen für zunächst maximal drei Jahre in den drei Bunkern unterkommen dürfen.

Auf Anfrage unserer Zeitung, warum man die Bedenken der Umweltschützer ignorierte, heißt es von einer Sprecherin knapp: „Die Aussagen der Umweltschützer zum Flughafen insgesamt sind für die Zulassung des Zwischenlagers irrelevant.“ Relevant sei für die SGD hingegen nur, ob die Bauwerke für den beantragten Zweck geeignet sind. Und das seien sie.



Von wegen „witterungsgeschützt und gesichert“: Nahe der geplanten Müllumladestation des Zweckverbands Abfallwirtschaft liegt noch jede Menge Bauschutt herum. Foto: TV/Christian Altmayer

BUND-Kreisvorsitzende Agnes Tillmann-Steinbuß ist enttäuscht: „Jetzt hat die Behörde Fakten geschaffen.“ An der Position der Aktivistin ändere sich aber nichts. Im Gegenteil: Sie ermutigt die Bürger, noch bis zum 2. Dezember Einwände gegen das Genehmigungsverfahren zu erheben.